

Antrag

der Gruppe BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Internationale Initiative zur Rettung bedrohter Menschenleben

Der Bundestag wolle beschließen:

Der Deutsche Bundestag macht sich die folgenden Forderungen der Auswärtigen Ausschüsse des Deutschen Bundestages, der Assemblée Nationale der Französischen Republik und des Sejm der Republik Polen zu eigen:

Unter dem Eindruck des erschütternden Berichts des Sonderberichterstatters für Menschenrechtsfragen der Vereinten Nationen in Jugoslawien, Ministerpräsident a.D. Dr. Tadeusz Mazowiecki, fordern sie die Regierungen ihrer Länder auf, über die bisherigen Hilfeleistungen hinaus in einer gemeinsamen Anstrengung den Menschen, die in Lagern im ehemaligen Jugoslawien unter menschenunwürdigen Bedingungen festgehalten werden und die an Leib und Leben bedroht sind, unverzüglich Aufnahme zu gewähren.

Sie appellieren darüber hinaus an ihre Regierungen, umgehend Initiativen zu ergreifen, um die Aufnahmebereitschaft der internationalen Staatengemeinschaft, insbesondere der Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaft und der Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa, zu verstärken.

Bonn, den 6. November 1992

Werner Schulz (Berlin) und Gruppe

